

AUS DEM

maximILIANEUM

INFORMATIONEN DER CSU-FRAKTION IM BAYERISCHEN LANDTAG



AUGUST 2009



Jeder wird gebraucht

NEUE MITTELSCHULE Mehr Chancen für Kinder • ZUVERSICHT GEBEN Bundeswirtschaftsminister zu Guttenberg • EMPFANG Horst Seehofer – 60 Jahre • AUS DER FRAKTION: Bilder und Berichte

Neues aus dem Maximilianeum

Freistaat hilft dem Mittelstand

„Rettungsschirm“
für über 900 Betriebe



„In der aktuellen Wirtschaftskrise haben wir Handlungsfähigkeit bewiesen“, so CSU-Fraktionsvorsitzender Georg Schmid.

Liebe Leserinnen und Leser,

in den vergangenen Monaten haben wir uns vor schwierigen Entscheidungen nicht weggeduckt. Mit dem Sondernachtragshaushalt 2008 konnte die Bayerische Landesbank und damit der Finanzplatz Bayern gerettet werden. In der aktuellen Wirtschaftskrise haben wir Handlungsfähigkeit bewiesen. Die CSU hat zum Beispiel beim Konjunkturpaket II ganz bewusst nicht auf das Gießkannenprinzip oder auf eine Strohfeuerpolitik gesetzt. Für uns zählen gezielte Investitionsentscheidungen in Zukunftsbereiche wie Bildung, Forschung, Klimaschutz und Infrastruktur. Wir haben diese Maßnahmen gemeinsam mit der Staatsregierung für Bayern umgesetzt. Die bayerische Wirtschaft wird mit zusätzlichen 1,96 Milliarden Euro Investitionsförderung aus dem Konjunkturpaket II des Bundes für den Freistaat unterstützt. Dadurch fördern wir beispielsweise die energetische Modernisierung von Schulgebäuden ebenso wie Baumaßnahmen der Hochschulen. Des Weiteren werden im Rahmen des bayerischen „Beschleunigungsprogramms“ Investitionen mit einem Volumen von 1,7 Milliarden Euro verwirklicht.

Indem wir Investitionen in Höhe von fünf Milliarden Euro anstoßen, wollen wir zahlreiche Arbeitsplätze in Bayern langfristig sichern. Zu dem Maßnahmenpaket gehört daneben aber auch die Kreditversorgung vor allem der klein- und mittelständischen Unternehmen, die über 70 Prozent der Arbeitsplätze stellen: Mit dem „Mittelstandsschirm“, der die Kreditvergabe der Banken an Unternehmen durch Bürgschaften der LfA in dieser wirtschaftlich schwierigen Zeit erleichtert, konnten bisher schon über 900 Betriebe unterstützt werden. All dies zeigt: Die CSU-Fraktion bleibt der Anwalt für die bayerischen Interessen. Dies soll auch in den kommenden Jahren so bleiben. Wir werden als Fraktion die Zeit nach der Bundestagswahl nutzen, Leitziele unserer Arbeit bis 2013 und darüber hinaus zu entwickeln. Ich lade schon jetzt alle Bürgerinnen und Bürger Bayerns dazu ein, sich in unsere politische Arbeit einzubringen. ■

Mit freundlichen Grüßen

Georg Schmid



Ihre Meinung ist mir wichtig!
Bitte schreiben Sie mir unter:
csu@csu-landtag.de
www.georg-schmid.de

Mehr Chancen für Schülerinnen und Schüler

Jedes Talent optimal fördern

Hauptschulen können
Mittelschulen werden



Die Chancen der Schülerinnen und Schüler stehen im Mittelpunkt des Konzepts der neuen Mittelschule.

FOTO: Fotolia

Staatsregierung und Fraktion haben sich darauf verständigt, dass sich Hauptschulen künftig zu Mittelschulen weiterentwickeln können. „In diesem Konzept wird auf den Stärken der Hauptschule – Klassenlehrerprinzip und Berufsorientierung – aufgebaut“, so der Vorsitzende des Arbeitskreises Bildung der CSU-Fraktion, Georg Eisenreich.

Ziel sei, dass das Profil der Hauptschule als berufsvorbereitende Schule gestärkt und den Hauptschülern auch in Zukunft ein breites und qualitativvolles Bildungsangebot garantiert wird. Der Arbeitskreis der Fraktion hat in vielen Gesprächen mit Lehrern, Schülern und Experten aus dem Bildungsbereich das Konzept zusammen mit Kultusminister Dr. Ludwig Spaenle entwickelt.

Bislang bieten Hauptschulen je nach Standort unterschiedliche Bildungsangebote. Hauptschulen erhalten künftig als Qualitätssiegel den Namen Mittelschule, wenn sie allein oder im Schulverbund ein breites Bildungsangebot garantieren.

Unser Ziel ist: Auch bei zurückgehenden Schülerzahlen so viele Hauptschulen wie irgend möglich zu erhalten. Mit der Option, Schulverbünde zu gründen, können wohnortnahe Schulstandorte erhalten und zugleich das breite und hochwertige Angebot der Mittelschule zur Verfügung gestellt werden. Über die Dialogforen in den Landkreisen werden künftig passgenaue Lösungen entwickelt. Dabei setzen wir auf die Kenntnis der Verantwortlichen vor Ort.

Die Schulverbünde erhalten zudem mehr Gestaltungsspielraum und können künftig eigenverantwortlich über die Verwendung des ihnen zugewiesenen Budgets an Lehrerstunden und Verwaltungskräften entscheiden. ■

Mittelschule im Überblick

Mittelschule kann sich künftig eine Hauptschule nennen, wenn sie ihren Schülern allein oder im Schulverbund ein breit gefächertes Bildungsangebot garantiert. Dazu gehören:

- die drei berufsorientierenden Zweige Technik, Wirtschaft und Soziales,
- ein Ganztagsangebot,
- die Kooperation mit einer Berufsschule, der regionalen Wirtschaft und der Arbeitsagentur,
- ein mittlerer Bildungsabschluss auf dem Niveau von Wirtschafts- und Realschule,
- individuelle/modulare Förderung der Schüler im Klassenverband unter Beibehaltung des Klassenlehrerprinzips und
- Angebote der Jugendsozialarbeit bzw. von Förderlehrern. ■

Ein Gastbeitrag von Bundeswirtschaftsminister Dr. Karl-Theodor zu Guttenberg

„Dem Land Zuversicht geben“

Der Staat setzt nur die Rahmenbedingungen für das Marktgeschehen, so will es die Ordnung der Sozialen Marktwirtschaft. Für Bundeswirtschaftsminister zu Guttenberg ist in der Finanz- und Wirtschaftskrise die Verbindung von unternehmerischer Freiheit mit sozialer Verantwortung aktueller denn je.

Bayern und Deutschland stehen vor großen Herausforderungen. Die Auftragseingänge in der Industrie sind im Winterhalbjahr eingebrochen. Ein Blick auf die Weltmärkte zeigt zudem, dass die gesamte Weltwirtschaft von einem starken Abschwung betroffen wurde. Das traf uns als Exportnation und hat gerade Auswirkungen auf Bayern, dessen Unternehmen in besonderer Weise vom Export abhängen. Um die Krise zu meistern, müssen wir auf unser bewährtes Modell der Sozialen Marktwirtschaft setzen.

Einzelne haben versagt, auch weil das internationale Finanzgefüge dem Spiel der Marktkräfte Raum dafür gelassen hat, ohne für einen transparenten Ordnungsrahmen zu sorgen. So kam es zur Krise. Doch die Soziale Marktwirtschaft als solche hat nicht versagt. Die Verbindung von unternehmerischer Freiheit mit sozialer Verantwortung ist aktueller denn je.

Nach der Ordnung der Sozialen Marktwirtschaft setzt der Staat allein den Rahmen, in dem die Marktkräfte agieren und kommt damit einer seiner ureigensten Aufgaben nach. Doch er nimmt am Marktgeschehen selbst nicht teil. Die Maßnahmen zur Bewältigung der Finanz- und Wirtschaftskrise zielen deshalb darauf ab, die Marktkräfte zu stärken

und wieder in Gang zu bringen, im besten Sinn des Wortes also „subsidiär“ zu sein. Würde sich der Staat über einen längeren Zeitraum ins Wirtschaftsgeschehen einmischen, würden wesentliche Anreiz- und Sanktionsmechanismen – wie etwa die Haftung für unternehmerische Entscheidungen – außer Kraft gesetzt. Wettbewerbsverzerrungen wären die Folge. Das darf nicht sein. „Ebenso wie beim Fußballspiel der Schiedsrichter nicht mitspielen darf, hat auch der Staat nicht mitzuspielen“ – dieser Satz von Ludwig Erhard gilt auch heute noch.

Die Bundesregierung kann die krisenhafte Entwicklung zwar nicht umkehren. Wir können aber dazu beitragen, Wachstum und Beschäftigung zu stabilisieren. Dazu hat die Bundesregierung Maßnahmenpakete mit einem Volumen von insgesamt 80 Milliarden Euro auf den Weg gebracht. Damit bauen wir eine Brücke für Wachstum und Beschäftigung.

In Bayern läuft die Umsetzung des Konjunkturpakets plangemäß. So werden rund 620 Millionen Euro in die energetische Sanierung von Schulen investiert, rund 100 Millionen Euro in den Straßenbau und weitere 240 Millionen Euro in die Modernisierung der Hochschulen.



WIR NUTZEN DIE KRISE ALS CHANCE:

Bayern soll gestärkt aus diesen schwierigen Zeiten hervorgehen. Es geht hier nicht nur um die großen Unternehmen, die derzeit die Schlagzeilen besetzen.

Unsere Verantwortung gilt vor allem auch den kleinen und mittelständischen Unternehmen. Für sie haben wir bereits im ersten Konjunkturpaket für 15 Milliarden Euro Sonderkonditionen bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau geschaffen, um über die Durststrecke hinwegzuhelfen. Hinzu kommen zahlreiche Beratungsangebote, die den Mittelständlern in meinem Haus zur Verfügung stehen.

Auch die Investitionen der Kommunen in Schulen und Straßen, die Gelder für die energetische Gebäudesanierung – alle diese Mittel stützen den heimischen Mittelstand. Jetzt kommt es darauf an, den Menschen in unserem Land Zuversicht zu geben, dass die

Regionale Antworten auf die globale Krise

von Markus Blume, Sprecher der Jungen Gruppe der CSU-Fraktion

Die Wirtschafts- und Finanzkrise ist die erste „globalisierte“ Krise, weil sie weltweit zur selben Zeit und im selben Ausmaß angekommen ist. Und diese Krise ist mehr als eine einfache Rezession, weil die Einbrüche dramatisch sind und das Ganze ausgelöst wurde durch den (Beinahe-)Zusammenbruch des gesamten Finanzsektors.

WIR STEHEN NUN VOR FÜNF GROSSEN HERAUSFORDERUNGEN, DIE WIR REGIONAL ANGEHEN MÜSSEN:

1. Kurzfristig mit Hilfe der staatlichen Förderbanken und gemeinsam mit den drei Säulen des Bankwesens eine Kreditklemme für den breiten Mittelstand zu verhindern.
2. Mittelfristig den Strukturwandel zu gestalten, d.h. die vorhandene industrielle Basis in Deutschland zu erhalten und die Entstehung neuer, innovativer Kerne – von Solarenergie bis Elektromobilität – zu fördern.

3. Ebenfalls mittelfristig die Folgen der Wirtschaftskrise zu bekämpfen, nämlich alles gegen eine Verfestigung der zu erwartenden Rekordarbeitslosigkeit zu tun.

4. Langfristig die Sozialversicherungssysteme sowie die öffentlichen Haushalte zukunftsfest – und das heißt auch: krisenfest – zu machen.

5. Institutionen und den regulatorischen Rahmen so zu verändern, dass sich eine Krise wie die aktuelle so nicht wiederholen kann.

Die weit verbreitete Annahme, dass Politik heute aufgrund der Globalisierung über keinen Aktionsradius mehr verfügt, ist falsch. Wir sehen überdeutlich, wie stark die Politik gebraucht wird, um Krisen zu überwinden und langfristig Wohlstand zu sichern. Der Primat der Politik wird in diesen Tagen neu mit Leben gefüllt, insbesondere auch auf Landesebene. Ob Bayern aus dieser Krise gestärkt hervorgeht, entscheidet sich nicht in New York, London oder Shanghai, sondern bei und durch uns. ■

Fachgespräch und Empfang der Fraktion anlässlich des Filmfests München

FilmFest 2009

Prominente Gäste im Landtag



Oscar-Preisträgerin Caroline Link lobte das Lebensgefühl in München, das viele Filmschaffende in die Landeshauptstadt ziehe.

„Filmstandort Bayern – Zurück in die Zukunft“ lautete das Motto der diesjährigen Veranstaltung der CSU-Fraktion anlässlich des Filmfests München. Gäste der CSU waren unter anderem Produzent Bernd Eichinger, Oscar-Preisträgerin Caroline Link und die preisgekrönte Regisseurin Julia von Heinz.

„Bayern steht als Filmstandort gut da. Doch auch die Wettbewerber schlafen nicht“, so Eberhard Sinner, medienpolitischer Sprecher der CSU-Landtagsfraktion beim CSU-Fachgespräch „Filmstandort Bayern – Zurück in die Zukunft“. Sinner betonte, die Vorteile des weiß-blauen Standorts müssten noch stärker herausgestellt werden: Etwa die herausragende Ausbildung an der Hochschule für Fernsehen und Film (HFF) oder München als



Fernsehpreisträgerin und Regisseurin Julia von Heinz nahm am Empfang der Fraktion teil.

High-Tech-Standort für die Postproduktion. Von besonderer Bedeutung sei, dass neben bayerischen Geldern auch verstärkt Fördermittel des Bundes nach Bayern fließen. ■



FraktionsTV

Das Video zum Thema
Filmstandort Bayern jetzt auf
www.csu-landtag.de
www.youtube.com/user/FraktionsTV

Parlamentarischer Spieleabend

Informieren und spielen

Abgeordnete lernen Vielfalt der Spielewelt kennen



Spielspaß mit ernstem Hintergrund: Abgeordnete Manfred Ländner (l.) und Karl Freller.

Zu einem Parlamentarischen Spieleabend hat die CSU-Fraktion in Kooperation mit dem Cluster audiovisuelle Medien Bayern ins Maximilianeum eingeladen. „Die Abgeordneten konnten einen reichhaltigen Einblick in die Vielfalt der Spielewelt gewinnen“, erklärte der medienpolitische Sprecher der Fraktion,

Eberhard Sinner. Es sei wichtig, sich mit Computerspielen auseinanderzusetzen, denn sie seien Teil der Lebenswirklichkeit und für viele Menschen eine beliebte Freizeitbeschäftigung. Voraussetzung für einen sinnvollen Umgang mit Computerspielen sei, dass Eltern, Lehrer und Politiker die Spiele kennen. ■

FRAKTION INTERN

Die CSU-Fraktion gratuliert herzlich:

Peter Winter

zum 55. Geburtstag am 2. April. Er vertritt den Stimmkreis Aschaffenburg-Ost im Landtag und ist Mitglied des Haushaltsausschusses. Winter fungiert auch als Präsident des Bayerischen Blasmusikverbandes.

Reinhard Pachner

zum 65. Geburtstag am 23. April. Der schwäbische Abgeordnete vertritt seit 2003 die Interessen des Stimmkreises Aichach-Friedberg.

Thomas Kreuzer

zum 50. Geburtstag am 23. Mai. Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende und parlamentarische Geschäftsführer der CSU-Fraktion plant den Sitzungsablauf im Parlament und koordiniert die politische Sacharbeit mit dem Koalitionspartner FDP. Als stellvertretender Fraktionsvorsitzender leitet Thomas Kreuzer die Bereiche Innenpolitik, Sicherheitspolitik, Kommunalpolitik und Rechtspolitik.

Dr. Franz Rieger

zum 50. Geburtstag am 24. Mai. Der Rechtsexperte ist der neue Landtagsabgeordnete für die Stadt Regensburg.

Gudrun Brendel-Fischer

Die Vorsitzende der Arbeitsgruppe Frauen der Fraktion und Stimmkreisabgeordnete für Kulmbach feierte am

CSU-Fraktion im Bild



Arbeitskreis Bildung mit der Intendantin der Hofer Symphoniker Ingrid Schrader



Der neue Jahrgang der CSU-Akademie informiert sich einen Tag lang im Maximilianeum über die Landespolitik.



Stellv. Fraktionsvorsitzender Thomas Kreuzer im Gespräch mit Eckhard Basing (o2) und Dr. Rudolf Freidhager, Bayerische Staatsforsten (v.l.).



Staatsministerin a.D. Christa Stewens beim Fachgespräch der Fraktion zum Thema Organspende.



Gute Verbindungen: Oberbayern und Tirol.



Das THW stellte seine Arbeit im Bayerischen Landtag vor, auch Abgeordnete Angelika Schorer (2. v.links) und Fraktionschef Schmid (Mitte) informierten sich.



Ministerpräsident Horst Seehofer lud die Junge Gruppe der Fraktion zum Gespräch ein.

Arbeitskreis Fragen des öffentlichen Dienstes

Mit Tatkraft für die Beamten



Arbeitskreismitglieder und Vertreter des Finanzministeriums zusammen mit MdL Ingrid Heckner und der stellv. CSU-Fraktionsvorsitzenden Renate Dodell.

„Die Gesetzentwürfe der Staatsregierung haben die richtigen Eckpfeiler gesetzt. Das ist ein großer Wurf, an dem wir gemeinsam mit den Verbänden intensiv weiterarbeiten werden“, erklärte Ingrid Heckner, die Vorsitzende des Arbeitskreises für Fragen des öffentlichen Dienstes der CSU-Fraktion.

Der Arbeitskreis traf sich zur Klausurtagung in Altötting, um sich einen genauen Überblick über die vorliegenden Gesetzentwürfe zur Neuregelung des Dienstrechts zu verschaffen. Mit dabei war neben der stellvertretenden Vorsitzenden der CSU-Fraktion Renate Dodell auch Bayerns Finanzminister Georg Fahrenschon.

Diskutiert wurden alle zentralen Bereiche des umfangreichen Gesetzgebungsvorhabens, darunter das Besoldungs-, Status- und Laufbahnrecht, das Disziplinargesetz, das Versorgungsrecht und das Personalver-

tungsrecht. „Wir haben uns vorgenommen, die Gesetzgebungsarbeit bis zum Sommer nächsten Jahres abzuschließen, damit die Dienstrechtsreform pünktlich zum 1. Januar 2011 in Kraft treten kann. Das ist ein straffer Zeitplan, der konzentriertes Arbeiten notwendig macht“, erläuterte Heckner.

Jetzt sei es wichtig, dass die Verbände ihre Chancen zur Beteiligung intensiv nutzten. „Die Verbandsanhörung, aber auch unsere Expertenanhörung im Oktober, bieten den Verbänden Gelegenheit, um in die Detailarbeit mit einzusteigen.“

Auch wir von Seiten des Arbeitskreises haben immer ein offenes Ohr für die Anliegen der verschiedenen Beschäftigtengruppen. Ich bin zuversichtlich, dass wir gemeinsam ein Gesetzeswerk schaffen werden, das den öffentlichen Dienst auf eine langfristig tragfähige Basis stellt“, so Heckner. ■

Bürger-Tour in Niederbayern – Bezirksbereisungen von Georg Schmid

Wissen, wo der „Schuh drückt“

Unter dem Motto „Georg Schmid hört zu“ stand auch die zweite Bezirksbereisung des CSU-Fraktionsvorsitzenden. Diesmal ging es nach Niederbayern. Anliegen des Fraktionsvorsitzenden ist es dabei, die alltäglichen Sorgen der Menschen aufzunehmen und regionale Besonderheiten und Lösungen kennen zu lernen, die Pilotfunktion für ganz Bayern haben.

Schmid's Tour durch Bayern führte ihn in die Landkreise Deggendorf und Passau. Der Fraktionsvorsitzende setzte auf Anregung der örtlichen Abgeordneten Bernd Sibler, Konrad Kobler und Walter Taubeneder einen Schwerpunkt auf die Sozial- und Wirtschaftspolitik. „Die Grundlage für soziale Stabilität ist aber der wirtschaftliche Erfolg“, so Georg Schmid. Diese Erfahrung machten er und die Landtagsabgeordneten erneut bei Besuchen von mittelständischen Betrieben wie Maschinenbau Wagner in Plattling, Elektro- und Solarfachbetrieb Praml in Ruderting sowie dem niederbayerischen Tourismusmagneten, dem Freizeitpark „Pullman City“. Die Themen Entbürokratisierung, Unternehmensteuerreform und Hilfen für den Mittelstand standen beim Gespräch mit Vertretern der Industrie- und Handelskammer sowie der Handwerkskammer in Passau auf der Tagesordnung. In Osterhofen diskutierte Schmid mit Ärzten, Erzieherinnen, Vertretern von Sozialverbänden und Kommunalpolitikern über das Gesundheitswesen im ländlichen Raum und die Lage der Landwirtschaft.

Bei einem Arbeitsfrühstück in Ruderting kamen Experten aus der Kinder- und Altenbetreuung zu Wort. Um einen unmittelbaren Eindruck von innovativen Bildungsprojekten zu bekommen, besuchte Schmid gemeinsam mit seinen Fraktionskollegen die Rudertinger Grundschule, die das Leseprogramm „Antolin“ und andere Lernsoftware erfolgreich anwendet. Ein weiteres niederbayerisches „Juwel“, die Fachhochschule in Deggendorf mit ihren neuen „Außenstellen“ des Technologie-Campus (ITC), beeindruckte durch seine rasante Entwicklung. „Die Arbeit zu den Menschen bringen und nicht die Menschen zur Arbeit“, sei die Philosophie, die in ganz Bayern zum Tragen kommen sollte, bilanzierte Schmid.

Schließlich sagte der Fraktionsvorsitzende auch seine Unterstützung für den geplanten Erweiterungsbau der FH zu. ■



Erfolgreiche Solartechnik aus Niederbayern begutachtete Georg Schmid (2. r.) mit den örtlichen Abgeordneten Konrad Kobler (2. v. l.) und Walter Taubeneder (r.).

AKTIV WERDEN

STANDPUNKT

von Hermann Imhof, MdL
Entwicklungspolitischer Sprecher

Noch immer sterben viele Menschen, weil sie nicht genügend Nahrung oder kein sauberes Trinkwasser haben. Viele Missstände sind heute bereits offenbar, doch sie werden uns in Zukunft vor weitaus ernsthaftere Probleme stellen! Klar ist, dass die von uns geleistete Hilfe nicht zu dauerhaften Abhängigkeiten führen darf, sondern die Partnerländer in ihrer Eigenverantwortung stärken muss. Entwicklungspolitik muss daher immer auch an rechtsstaatliche Grundsätze oder Menschenrechte geknüpft sein. Dies hat auch US-Präsident Obama mit seinem Besuch in Ghana deutlich gemacht: Der Besuch ist ein Signal für andere Entwicklungsländer. Gute Regierungsführung und demokratische Regeln unterstützen die Wirtschaft und ermöglichen erst den Wohlstand. Deswegen müssen wir jetzt aktiv werden. Entwicklungspolitik lebt von der Bereitschaft der Bürger, sich zu engagieren. Wir wollen als CSU-Fraktion unser Engagement daran ausrichten und damit unseren Teil dazu beitragen, dass unsere Welt ein Stück sicherer, gerechter und besser wird. ■

Fraktionsvorsitzendenkonferenz von CDU und CSU in Potsdam

„Mit Wachstum aus der Krise“



Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel im Gespräch mit den Fraktionsvorsitzenden Dr. Christean Wagner, Dr. Saskia Funck und Georg Schmid (v.l.). FOTO: CDU-Brandenburg

„Wachstum ist der Weg aus der Krise. Mit unseren Vorschlägen zur steuerlichen Entlastung setzen wir die Rahmenbedingungen, um möglichst schnell deutliche Wachstumsimpulse setzen zu können“, betonte CSU-Fraktionschef Georg Schmid, der auch stellvertretender Vorsitzender der Fraktionsvorsitzendenkonferenz von CDU und CSU ist, anlässlich des jüngsten Treffens der Fraktionsvorsitzenden in Potsdam.

Diese politische Prioritätensetzung von CDU und CSU wurde auf der Konferenz in Gesprächen mit Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel und dem Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Volker Kauder, ausführlich erörtert und abschließend nochmals bekräftigt. Diese Ziele gehörten deshalb auch zu Recht zu den Schwerpunkten des Wahlprogramms von CDU und CSU für die Bundestagswahl. Mit Blick auf die Wahl am 27. September 2009 unterstrich Georg Schmid weiter, dass es aus Sicht der Union auf Bundesebene nur ein Regierungsbündnis mit der FDP geben könne: „Wir haben hier eine klare, präzise Aussage.“

Die Fraktionsvorsitzenden begrüßten und unterstützten in einer Entschliebung die Maßnahmen der Bundesregierung und der Länder zur Bewältigung der Wirtschafts- und Finanzkrise. In einem weiteren Beschluss un-

terstrichen sie, dass zusätzliche Schulden und Staatsbeteiligungen jedoch nur eine befristete Ausnahme sein dürften und die Wirkung eingeleiteter Maßnahmen stetig überprüft werden müsse. Deshalb unterstützten sie den Kompromiss der Föderalismuskommission II und die Zustimmung von Bundestag und Bundesrat zur Schuldenbremse. Einigkeit bestand jedoch auch darin, dass die Überlegungen insbesondere zur Stärkung der Finanzkraft der Länder hier nicht Halt machen dürften. Auch die Haushaltsautonomie der Länder auf der Einnahmeseite müsse gestärkt werden. Daher forderten die Fraktionsvorsitzenden für die Länder die Gesetzgebungskompetenz für die Steuern, die ausschließlich den Ländern zufließen.

Abschließend forderte die Fraktionsvorsitzendenkonferenz zu einer intensiven Auseinandersetzung mit der DDR-Geschichte in den Schulen auf und richtete an die Ministerpräsidentenkonferenz den dringenden Appell, durch eine Änderung der entsprechenden Verwaltungsvereinbarung auch auf Ebene der Länder eine Unterstützung der SED-Opferverbände aus den Mitteln des Vermögens der Partei- und Massenorganisationen der DDR auch über investive oder investitionsfördernde Maßnahmen hinaus zu ermöglichen. ■

Arbeitskreis Hochschule, Forschung und Kultur

Entlastung für Studierende

Der Arbeitskreis Hochschule, Forschung und Kultur der CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag hat sich einen Überblick über aktuelle Themen an den Hochschulen verschafft. In zwei Parlamentarischen Abenden mit den Präsidentinnen und Präsidenten aller bayerischen Universitäten und Fachhochschulen standen im Mittelpunkt der Gespräche das Hochschulbauprogramm, die Reform der Professorenbesoldung sowie die Hochschulrechtsnovelle 2009. Kernpunkte dieser umfangreichsten Novellierung der Hochschulgesetze seit 2006 sind die sozialere Ausgestaltung der Studienbeiträge und die Fortentwicklungen im Bereich des Hochschulzugangs. Zugleich wird der Weg, den Hochschulen mehr Eigenverantwortung einzuräumen, durch Änderungen etwa im Organisations- und Berufsrecht weitergegangen. Die Novelle befindet sich derzeit in der parlamentarischen Beratung.



Bernd Sibler

„Wir werden die Familien entlasten, so wie wir es im Koalitionsvertrag beschlossen haben“, sagte Arbeitskreisvorsitzender Bernd Sibler. „Studierende mit eigenen Kindern bis zum 18. Lebensjahr können sich nach dem Gesetzentwurf künftig von den Studienbeiträgen befreien lassen. Wir haben in der Novelle außerdem vorgesehen, dass nur noch ein Kind pro Familie den Studienbeitrag zahlen muss“, so Sibler weiter. Auf Initiative der CSU-Fraktion kehrt die Novelle bei der Befreiungsmöglichkeit für Studierende aus kinderreichen Familien zur alten Regelung zurück. Danach können Kinder bis zum 27. Lebensjahr berücksichtigt werden. „Wichtig ist uns, dass die Studierenden künftig bei der Entscheidung über die Höhe der Studienbeiträge und über die Verwendung der Einnahmen daraus beteiligt werden“, betonte Sibler. ■

Staatsstraßen, Radwege, verkehrssichere Kreuzungen

Neues Förderprogramm
„Staatsstraßenumfahrungen in
gemeindlicher Sonderbaulast“



Georg Winter

Kommunen können künftig leichter in Orts-umfahrungen und Radwege sowie in die Verkehrssicherheit von Straßenkreuzungen investieren. Dies erklärte Georg Winter, der Vorsitzende des Arbeitskreises für Staatshaushalt und Finanzfragen. Er hat sich erfolgreich für eine Erweiterung des Förderprogramms „Staatsstraßenumfahrungen in gemeindlicher Sonderbaulast“ eingesetzt. „Dadurch wollen wir gerade in diesen wirtschaftlich schwierigen Jahren den Abfluss der Fördermittel beschleunigen und zusätzliche Impulse bei den kommunalen Investitionen im Baubereich setzen“, so Winter.

„Zu diesem Ergebnis konnten wir auch Dank der Gesprächsbereitschaft der kommunalen Spitzenverbände kommen“, freute sich Winter. Es sei weiter gelungen, die Förderbedingungen durch eine pauschale Berücksichtigung der Planungskosten zu flexibilisieren und zu vereinfachen. Das Förderprogramm „Staatsstraßenumfahrungen in gemeindlicher

Sonderbaulast“ ist jährlich mit 17,9 Millionen Euro ausgestattet und Bestandteil des Kommunalen Finanzausgleichs 2009, den der Bayerische Landtag am 2. April 2009 verabschiedet hatte. Auf Initiative des Haushaltsausschussvorsitzenden Georg Winter wurde der Förderkatalog des Sonderförderprogramms für die Jahre 2009 und 2010 erweitert. Förderfähig sind neben Staatsstraßenumfahrungen in gemeindlicher Sonderbaulast nun auch Änderungen von bestehenden Kreuzungen zwischen Staats- und Gemeindestraßen sowie zwischen Staats-, Gemeinde- und Kreisstraßen und der Bau von unselbständigen Radwegen sowie unselbständigen Geh- und Radwegen an Staatsstraßen, soweit die Gemeinde den Eigenanteil übernimmt.

Die erweiterten Fördermöglichkeiten gelten für Projekte mit einem Baubeginn vor dem 31. Dezember 2010: Der Fördersatz beträgt für neue Förderprojekte mindestens 75 Prozent der zuwendungsfähigen Kosten. Bei Projekten mit besonders hoher verkehrlicher Bedeutung können finanzschwachen Gemeinden bis zu 85 Prozent Zuwendungen gewährt werden. Planungskosten werden pauschal mit 12 Prozent der Baukosten gefördert, soweit die Gemeinde die Planung insgesamt übernommen hat. Die Bagatellgrenze wird auf 50.000 Euro zuwendungsfähige Kosten festgelegt. „Das Programm gibt einen zusätzlichen Impuls für die Bauwirtschaft und eine Verbesserung der Verkehrssicherheit. Es liegt jetzt bei den Gemeinden, schnell zuzugreifen“, so Georg Winter. ■

Feuerwehrgführerschein nachbessern

Die CSU-Landtagsfraktion drängt seit langem mit zahlreichen Initiativen auf eine unbürokratische Lösung der Führerscheinproblematik bei den Feuerwehren und Rettungsdiensten. Die Anfang Juli vom Deutschen Bundestag beschlossenen Regelungen zum Feuerwehrgführerschein bringen zwar für Einsatzfahrzeuge bis 4,75 Tonnen Erleichterungen. Sie bleiben aber gerade mit Blick auf die meist schwereren Fahrzeuge bis 7,5 Tonnen weit hinter dem zurück, was von uns gefordert und auf Initiative von Staatsminister Herrmann im Bundesrat und in der Innenministerkonferenz beschlossen wurde. Wir bleiben dabei: Der Erwerb der Sonderfahrerlaubnis darf auch für Fahrzeuge bis 7,5 Tonnen nur an eine feuerwehr- bzw. ver-



Christian Meißner

bandsinterne Ausbildung geknüpft werden. Dieses Ziel ist mit dem jetzigen Verkehrsminister Tiefensee und dem Berliner Koali-

tionspartner SPD nicht erreichbar. Die von der SPD-Landtagsfraktion stattdessen erhobene Forderung, dass die Kosten für den Feuerwehrgführerschein vom Freistaat übernommen werden sollen, ist ein politisches Armutszeugnis für die einstige Volkspartei. Anstatt sich für die von uns vorgelegte unbürokratische Lösung einzusetzen, belastet diese lieber die Steuerzahler.

Nach der Bundestagswahl sind hier dringend Nachbesserungen erforderlich. ■

Kommunalnewsletter
der Fraktion:

Unter www.csu-landtag.de können Sie unseren Newsletter für kommunale Fragen abonnieren!

Nein zum Nationalpark

„Ein Nationalpark Steigerwald ist für die CSU auch im Bayerischen Landtag kein Thema“, so der stellvertretende Umweltausschussvorsitzende Dr. Otto Hünnerkopf. Zu diesem Ergebnis kamen die Umweltpolitiker der CSU-Landtagsfraktion bei einem Gespräch mit der Vorstandschaft des Naturparks Stei-



Dr. Otto Hünnerkopf

Erfolg in der Agrarpolitik

Als Erfolg der bayerischen Agrarpolitik hat der Vorsitzende des Arbeitskreises für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Gerhard Eck, die Entscheidung des Bundesrats bezeichnet, die Aussetzung des Selbstbehalts und die Abschaffung der Obergrenze bei der Steuerentlastung von Agrardiesel zu beschließen. „Jetzt wird endlich die Benachteiligung landwirtschaftlicher Betriebe insoweit revidiert“, so Eck.

Bayern hatte mit seiner Bereitschaft zur Übernahme des Selbstbehalts den Stein ins Rollen gebracht und einer bundesweiten Lösung den Weg geebnet. Damit können jetzt rund 55.000 bayerische Landwirte erstmals wieder die dringend erforderliche Steuerbegünstigung beanspruchen. Auf Vorschlag unseres Landwirtschaftsministers Brunner hin hat der Bundesrat in seinem Beschluss auch die Bundesregierung aufgefordert, die

gerwald – das sind neben den Landräten der Steigerwald-Landkreise einige Bürgermeister von Steigerwald-Gemeinden – sowie mit Vertretern des Vereins „Unser Steigerwald“. Diskussionen führten die CSU-Landtagsabgeordneten auch mit den Nationalpark befürwortenden Naturschutzverbänden, dem Bund Naturschutz und dem Landesbund für Vogelschutz, weil den Abgeordneten ein umfassendes Meinungsbild wichtig war. Der Region und auch der Natur könne besser geholfen werden, wenn die im Naturpark Steigerwald liegenden Kommunen mit gemeinsamen Schritten die Region unter dem Dach „Naturpark Steigerwald“ weiterentwickeln. Dass sich der Naturschutzgedanke und eine wirtschaftliche Nutzung nicht ausschließen, konnten die Abgeordneten im Forstbetrieb Ebrach erfahren.

„Wenn der Steigerwald mit der jetzigen Bewirtschaftung in seiner ökologischen Bedeutung schon heute auf Platz fünf von bundesweit 24 untersuchten Buchenwaldkomplexen liegt, braucht es keine einschränkenden Bestimmungen eines Nationalparks. Wir tragen der so genannten bayerischen Biodiversitätsstrategie in den Buchenwäldern des Steigerwalds auch so Rechnung“, sagte Dr. Hünnerkopf abschließend. ■

Steuern senken



Erwin Huber

„Eine Erhöhung der Mehrwertsteuer zur Finanzierung der aktuell steigenden Staatsverschuldung ist strikt abzulehnen. Sie wäre Gift für die Konjunktur und die Arbeitsplätze in Deutschland. Eine Erhöhung des ermäßigten unteren Steuersatzes wäre zudem besonders unsozial.“ Mit diesen Worten nahm Erwin Huber, Vorsitzender des Arbeitskreises Wirtschaft, Stellung zur aktuellen Steuerdiskussion. Was die Mehrwertsteuer betrifft, will die Union in der nächsten Legislaturperiode die Ermäßigungstatbestände im Umsatzsteuerrecht strukturell überprüfen. Damit sollen nicht mehr zeitgemäße und für den Bürger nicht nachvollziehbare Belastungswirkungen korrigiert und die europäische Wettbewerbssituation bestimmter Bereiche berücksichtigt werden.

Jede Diskussion um Steuererhöhungen sei „politisch und wirtschaftlich schädlich“, betonte Huber. „Wir wollen seitens der Union ganz im Gegenteil durch eine Tarifreform bei der Einkommensteuer und eine Weiterentwicklung der Unternehmenssteuerreform Bürger und Wirtschaft entlasten.“ Das sei auch im gemeinsamen Wahlprogramm von CDU und CSU verankert.

Huber: „Das ist der richtige Weg, die private Nachfrage und die Investitionstätigkeit zu stärken, das Wirtschaftswachstum anzukurbeln und die Krise zu überwinden. Unser Ziel der Haushaltskonsolidierung steht zu Steuerentlastungen im Übrigen nicht im Widerspruch, sondern beide Ziele ergänzen sich: Nur eine wachstumsfreundliche Steuerpolitik sichert Einnahmen für die Konsolidierung und nur mit soliden Staatsfinanzen erhalten wir uns langfristige Gestaltungsspielräume für attraktive steuerliche Rahmenbedingungen.“ ■



Gerhard Eck

Steuererstattung für das Verbrauchsjahr 2008 möglichst schnell und unbürokratisch auszahlen. Für Gerhard Eck ist die Entscheidung allerdings nur ein erster Entlastungsschritt: „Angesichts der massiven Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise und der immer noch bestehenden Wettbewerbsverzerrungen bei der Agrardieselbesteuerung ist nicht nur eine unbefristete Aussetzung, sondern eine europaweite Harmonisierung notwendig“, sagte Eck. ■

Interview mit Konrad Kobler, Seniorenpolitischer Sprecher der CSU-Fraktion

Paradigmenwechsel nötig



Konrad Kobler

SENIOREN HEUTE SIND MENSCHEN VOLLER LEBENSKRAFT, VOLLER MÖGLICHKEITEN UND VOLLER ERFAHRUNGEN. WIE KANN MAN DIESES POTENZIAL BESSER NUTZEN?

Kobler: Die rasante Zunahme der Lebenserwartung hat das Bild der Seniorinnen und Senioren grundsätzlich verändert. Die Aufgaben für eine moderne Seniorenpolitik stellen sich gänzlich neu: weg von der Fürsorgepolitik, hin zu einer offensiven Seniorenpolitik. Wir müssen die rüstigen, kompetenten, aktiven älteren Menschen stärker ins Zentrum der Politik rücken und nicht auf das „Abstellgleis“ schieben. Es wäre sträflich, vorhandene Ressourcen nicht zu nutzen. Ein älterer Arbeitnehmer muss auch nicht „fallbeimäßig“ von heute auf morgen von Vollarbeitszeit auf Null gesetzt werden!

Im bürgerschaftlichen Engagement bringen Senioren ihre Lebenserfahrung stark ein. Staat und Kommunen, Parteien und Politik tun deshalb gut daran, dieses Potenzial Älterer sorgsamer zu unterstützen. Die Seniorenvertretungen sind hier Triebfedern. Ich setze mich ein für einen Seniorenpreis, der die Leistungen älterer Menschen in Familie, Ehrenamt und Wirtschaftsleben verdeutlicht!

WIE SIEHT DAS KÜNFTIGE ZUSAMMENLEBEN ZWISCHEN JUNG UND ALT ANGESICHTS DES DEMOGRAPHISCHEN WANDELS AUS?

Kobler: Es gilt, nicht in eine reine „Klientel-Politik“ Jung gegen Alt oder umgekehrt zu verfallen. Es bedarf nicht nur eines vernetzteren Denkens, sondern auch Handelns. Leider hat die Politik z.B. beim Wohnungsbau die Entwicklung vor Jahren in eine falsche Richtung getrimmt. Es wurde zu stark auf die einzelne, kleine Familie abgestellt. Hier hat

sich schon vieles zum Besseren entwickelt. Wir brauchen mehr generationenübergreifende Projekte für eine sinnvolle Teilhabe an Beschäftigungs- und Weiterbildungsmaßnahmen nach der aktiven Berufstätigkeit. Das Zusammenleben von Jung und Alt sollte in Initiativen, Netzwerken und Freiwilligenagenturen zusammengeführt werden, um Lebens- und Berufserfahrungen weiterzugeben. Der Zusammenhalt der Generationen erwächst aus der Weitergabe von Lebenserfahrung, aus Toleranz und vor allem aus praktischer Hilfe der Generationen füreinander. Alle Formen der Altersdiskriminierung müssen einem positiveren Denken weichen.

WELCHE AKZENTE WILL DIE CSU IN DER SENIENPOLITIK SETZEN?

Kobler: Die CSU will die Senioren in den verschiedenen Lebensbereichen mehr beteiligen und die Vielfalt der Lebenslagen besser berücksichtigen. Der Ausschluss von bestimmten Ämtern wegen einer bestimmten Altersgrenze ist eine Diskriminierung, die im Denken und Handeln einer Korrektur bedarf. Der demographische Wandel wirkt sich zunächst in den Kommunen aus. Deshalb ist es primär Aufgabe der Kommunen, Sorge für notwendige Angebote vor Ort zu tragen. Konkret unterstützt die CSU die verschiedenen Formen kommunaler Altenhilfekonzepte, die Weiterentwicklung von Betreuungsformen für ältere Menschen und neue Wohnformen im Alter.

Die Landesseniorenvertretung bedarf nicht nur des öffentlichen Lobes, sondern auch einer spürbaren Verstärkung der finanziellen Ausstattung. Zukunftsgerichtete Seniorenpolitik wird einen Paradigmenwechsel erfahren müssen. Die Einrichtung eines Internetportals über in Bayern laufende Generationenprojekte wäre ein weiterer Schritt. ■

BAYERN FAKTEN

■ Zukunft der Landwirtschaft

Bayern rüstet sich mit der neuen „Zukunftskommission Landwirtschaft“ für die anstehenden Debatten zum künftigen Gesamtkurs für eine moderne Landwirtschaft. Ministerpräsident Horst Seehofer: „Damit schafft die Staatsregierung ein schlagkräftiges und kompetentes Beratungsgremium, das alle wirtschaftlichen, ökologischen, sozialen und gesellschaftspolitischen Facetten der Land- und Ernährungswirtschaft in Bayern umfassen und aufgreifen wird.“ Auftrag der Kommission ist, ein bayerisches Modell für eine zukunftsfähige Land- und Ernährungswirtschaft auszuarbeiten.

Die Leitung des Gremiums übernimmt der frühere EU-Kommissar Dr. Franz Fischler – nicht nur ein Kenner der EU-Landwirtschaftspolitik und der Situation auf den Weltagrarmärkten – sondern auch besonders vertraut mit den Herausforderungen einer kleinräumigen bäuerlichen Landwirtschaft.

■ Weniger Verkehrstote

Die Zahl der verletzten und getöteten Personen im Straßenverkehr in Bayern ist im ersten Halbjahr 2009 erneut deutlich zurückgegangen. In den ersten sechs Monaten des Jahres 2009 sind nach der aktuellen Verkehrsstatistik auf Bayerns Straßen 318 Menschen ums Leben gekommen (2008: 389), 29.641 Personen sind verletzt worden (2008: 33.970). Insgesamt gibt es im Vergleich zum Vorjahr 13 Prozent weniger Verunglückte, 18 Prozent weniger Getötete und zwölf Prozent weniger Verletzte.

■ Sommerquiz auf www.bayern.de

Bis zum letzten Tag der Sommerferien (Montag, 14. September) können Sie auf der Website der Staatsregierung Ihr Wissen rund um und über den Freistaat Bayern testen. Unter den Teilnehmern, die alle Fragen richtig beantwortet haben, werden 50 attraktive Preise verlost. Der „Hauptgewinner“ wird von Ministerpräsident Horst Seehofer zu einer bayerischen Brotzeit in sein Ferienhaus im Altmühltal eingeladen.

Einfach mitspielen auf www.bayern.de

Impressionen aus der CSU-Fraktion



Festakt zu 60 Jahre Grundgesetz: (v.l.) der frühere Landtagspräsident Johann Böhm, Georg Schmid, Erster Landtagsvizepräsident Reinhold Bocklet und Horst Seehofer.

O`zapft is!



Nur zwei Schläge benötigte der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Karl Freller für den Eröffnungsanstich zum 2. Tag des Bieres im Bayerischen Landtag



Die EU-Erweiterung war Thema eines Planspiels der CSU-Fraktion. Mehr als 100 Jugendliche freuten sich über den Besuch von Europaministerin Emilia Müller (2.v.l.), Europaabgeordneten und Prof. Ursula Männle (Mitte).



Intensive Diskussion zum Wahlprogramm für die Bundestagswahl in der Fraktionssitzung.



Großen Zuspruch fand die Veranstaltung „Politischer Club“ der Fraktion mit dem früheren Bundesfinanzminister Dr. Theo Waigel (links).



Ein erfolgreiches Team: Die CSU-Fraktions-Läufer des „B2Run“ Firmenlaufs rund um den Olympiapark in München.



Jugendliche beim Planspiel „Europa“ im Landtag.



Viele ehemalige Abgeordnete waren bei der Geburtstagsfeier für Horst Seehofer dabei, unter anderem Dr. Christoph Maier (links) und Staatsminister a.D. Dr. h.c. Karl Hillemeier



Fraktionsvorsitzender Georg Schmid begrüßte russische Abgeordnete im Bayerischen Landtag.

AUS DEM
maximILIANEUM

HERAUSGEBER: CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag, Maximilianeum, 81627 München VERANTWORTLICH: Kathrin Gwosdek • Telefon: (089) 4126-2712, Telefax: (089) 4126-1787, online@csu-landtag.de • REDAKTION: Simon Rehak, Dr. Markus Gruber, BILDER UND GRAFIK: Holger Prawitt • LAYOUT: Ernst Vögel jun. • DRUCK: Druck+Verlag Ernst Vögel GmbH, www.voegel.com • INTERNET: www.csu-landtag.de

Blick nach Berlin

Ein Präsident für die Bürger

Klares Signal für die Bundestagswahl



Bayerische Abgeordnete gratulieren Köhler.

FOTO: CSU-Landesgruppe

„Die CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag gratuliert Bundespräsident Horst Köhler zu seiner Wiederwahl“, so Fraktionschef Georg Schmid. Als „Bürgerpräsident“ habe er sich in seiner ersten Amtszeit um unser Land sehr verdient gemacht und die politische Debatte mit seinen pointierten Denkanstößen vorangebracht. „Dank seines Fachwissens, vor allem aber dank seiner integren Persönlichkeit wird er auch in seiner zweiten fünfjährigen Amtszeit den Bürgern Zuversicht vermitteln und Wege zur Stärkung unserer Volkswirtschaft aufzeigen“, so Schmid. Das eindeutige Votum für Horst Köhler im ersten Wahlgang zeigte, dass er auf die Unterstützung aller Wahlfrauen und Wahlmänner der

CDU und CSU sowie der FDP in der Bundesversammlung zählen konnte. Damit sei seine Wahl am 60. Jahrestag des Inkrafttretens unseres Grundgesetzes zugleich ein klares Signal für die Bundestagswahl am 27. September. ■



Georg Schmid und der Bundespräsident.

Arbeitskreis Soziales, Familie und Arbeit

Hebammenprojekt besucht



Das Hebammenteam Eggenfelden und die Osteopathinnen überreichten auch zur Freude des AK Soziales, Familie und Arbeit Spenden an die „Aktionsgemeinschaft KIND IN NOT“ und die „Delfintherapie Dietersburg“.

Ein hervorragendes Beispiel für die Bedeutung fachübergreifender Zusammenarbeit hat sich der Arbeitskreis für Soziales, Familie und Arbeit auf Initiative von Arbeitskreismitglied Reserl Sem am Kreiskrankenhaus Eggenfelden angeschaut. Der Geburtsvorgang ist für Babys und ihre Entwicklung von kaum zu überschätzender Bedeutung. Durch die Lage im Uterus oder durch den enormen Druck beim Geburtsvorgang erleiden nicht wenige Kinder Verschiebungen der Schädelknochen oder Fehlstellungen. Vieles wächst sich aus.

Die Kunst ist, frühzeitig Behandlungsbedarf zu erkennen und vor allem ganz sensibel den Kindern zu helfen, z.B. mit der Osteopathie. Die mit den Hebammen im Kreiskrankenhaus Eggenfelden zusammenarbeitenden Osteopathinnen zeigten, welche Erfolge gerade in der Behandlung von Schreibabys durch die Osteopathie möglich sind. Neben den Schreibambulanz ist dies ein weiterer Baustein zur Unterstützung junger Familien, um so frühzeitig Entwicklungsstörungen der Kinder entgegenwirken zu können. ■

Arbeitskreis Europa

Leitlinien für Europa

Die CSU-Fraktion sieht sich vom Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Vertrag von Lissabon bestätigt. „Die Interpretation, die das Bundesverfassungsgericht dem Vertrag von Lissabon gegeben hat, ist für Deutschland bindend“, so Professor Ursula Männle, Vorsitzende des Arbeitskreises Europa. Es knüpft den Fortgang des Integrationsprozesses an klare Vorgaben. Diese betreffen die Ausweitung der parlamentarischen Mitwirkungsrechte in EU-Angelegenheiten. „Das Urteil macht den Weg frei für ein handlungsfähiges und demokratisches Europa. Daher begrüße ich die festgestellte Verfassungskonformität des Lissabon-Vertrages. Für die CSU, die wie keine andere für die Eigenständigkeit der Länder kämpft, kann das nur ein gutes Urteil sein“, sagte Männle. „Eine stärkere Beteiligung der Abgeordneten der Länder und des Bundes stärkt die Ansprechpartner der Bürger.“ ■

Arbeitsgruppe Frauen

„Damenwahl“ seit 90 Jahren



Die Mitglieder der AG Frauen (v.l.) Prof. Ursula Männle, Sylvia Stierstorfer, Angelika Schorer, Vorsitzende Gudrun Brendel-Fischer, Petra Dettenhöfer, stellv. Fraktionsvorsitzende Renate Dodell und Reserl Sem.

„Können Frauen soviel wie Männer? Ja natürlich, und zwar rückwärts und auf Stöckelschuhchen!“ Gudrun Brendel-Fischer, Vorsitzende der Arbeitsgruppe Frauen der CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag, zitierte anlässlich der Veranstaltung „90 Jahre Frauenwahlrecht“ Ginger Rogers, die langjährige Tanzpartnerin von Fred Astaire. Mit Musik, dem Sozialpädagogen und „Vernetzungsexperten“ Toni Toss und einer historischen Plakatausstellung feierten die Damen der Arbeitsgruppe Frauen mit ihren mehrheitlich weiblichen Gästen im Landtag dieses Jubiläum. Zu den über 100 Gästen gehörten auch die frühere Europaabgeordnete und Vizepräsidentin des

Europaparlaments Ursula Schleicher. Vor neun Jahrzehnten, so Brendel-Fischer, konnten die Frauen erstmals ihr erkämpftes Wahlrecht wahrnehmen. Im Januar 1919 gingen 17,7 Millionen Frauen zur Wahlurne, das waren 82 Prozent der weiblichen Bevölkerung. Die Begeisterung der Frauen damals zeigte sich im Wahlkampf, so Gudrun Brendel-Fischer. Brendel-Fischer zog die Parallelen auch zur heutigen Frauenpolitik: „Im Team sind Frauen und Männer unschlagbar.“ Die AG Frauen wolle, werde und müsse sich daher dafür einsetzen, die Gremien der CSU deutlich mit Frauenpower zu verstärken und sie in eine erfolgreiche Zukunft zu führen. ■

90 Jahre Frauenwahlrecht:

Mehr Bilder und eine Zusammenfassung der Veranstaltung finden Sie unter:

WWW.CSU-LANDTAG.DE

Arbeitskreis Eingaben und Beschwerden

Häftlinge sollen Beruf erlernen

Die Häftlinge im bayerischen Strafvollzug sollen die guten Angebote nutzen, in der Justizvollzugsanstalt (JVA) einen Beruf zu erlernen. Dazu rief Sylvia Stierstorfer, die Vorsitzende des Arbeitskreises Eingaben und Beschwerden, im Rahmen einer Informationsfahrt nach Niederbayern auf. „Die JVA Landshut bietet beste Voraussetzungen, um die Inhaftierten nach der Haftentlassung wieder in die Gesellschaft zu integrieren. Mit den geschaffenen Arbeitsmöglichkeiten, Fortbildungs- und Freizeitangeboten kann die Zeit in der JVA sinnvoll genutzt werden“, so Stierstorfer nach einem Besuch in Landshut. Während der Haftzeit Berufsausbildungen zu absolvieren und sich beruflich zu qualifizieren, sei ein wichtiger Schritt zur Resozialisierung. Die JVA Landshut bietet Häftlingen derzeit die Ausbildung zum Koch an. In Kürze sollen weitere Berufe hinzukommen. „Die JVA Landshut ist das beste Beispiel, wie moderner Strafvollzug aussehen soll“, sagte Stierstorfer. Dem AK lägen regelmäßig Beschwerden von Häftlingen vor. Diese hätten meist die Haftbedingungen zum Inhalt. ■

Arbeitskreis für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz

Verbraucher in Bayern stärken



Petra Guttenberger

Handeln der Bürger“, so AK-Vorsitzende Petra Guttenberger. „Trotz vielfältiger Informationsmöglichkeiten über neue Medien ist festzustellen, dass Verbraucher und Verbraucherinnen Bedarf an Hilfestellung vor Ort haben. Bessere Information über die Tragweite eigenen Handels im Internet sowie vielfältige Wegweiser bei konkreten Problemen sind dabei unverzichtbare Grundlagen“, ist Guttenberger überzeugt. ■

Der Arbeitskreis für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz sieht als aktuelle Problemfelder mit dringendem Handlungsbedarf im Bereich Verbraucherschutz den Datenschutz, die Anlageberatung, das Thema „Abzocke im Internet“ und den immer dichteren Tarifsdschungel in der Telekommunikation. Mit dem von Staatsministerin Merk vorgestellten „Fahrplan Verbraucherschutzpolitik“ für die Jahre 2009/2010 sollen in einem 10-Punkte-Programm Wissen vermittelt, kompetente Beratung ausgebaut und die Verbraucherrechte gesichert werden. „Finanz-, Daten- und Medienkompetenz sind Voraussetzungen für eigenverantwortliches



Weitere Infos zur CSU-Fraktion finden Sie in unserer neuen Fraktionsbroschüre.

Einfach bestellen unter: service@csu-landtag.de

60. Geburtstag des Ministerpräsidenten

Geburtstagsempfang für Horst Seehofer



Alles Gute zum Geburtstag! Ministerpräsident Horst Seehofer erhielt anlässlich seines 60. Geburtstags bei einem Empfang der Fraktion Geschenke aus allen Bezirken Bayerns. Es gratulierten die jeweiligen Bezirkssprecher.

Wie ein großes Familientreffen war der Geburtstagsempfang der Landtagsfraktion für Ministerpräsident Horst Seehofer. Alle aktiven Abgeordneten, darunter Landtagspräsidentin Barbara Stamm und der ehemalige Ministerpräsident Dr. Günther Beckstein sowie die Mitglieder der Staatsregierung feierten im Senatsaal des Maximilianeums mit und sangen dem Ministerpräsidenten, der von seiner

Gattin Karin begleitet wurde, ein Ständchen. Auch der ehemalige Landtagspräsident Alois Glück, der frühere Fraktionsvorsitzende und Minister Gerold Tandler, die ehemaligen Minister Karl Hillermeier und Prof. Kurt Falthäuser, CSU-Parteivorstandsmitglied Wilfried Scharnagl und zahlreiche ehemalige Abgeordnete nutzten die Gelegenheit, um Horst Seehofer zu gratulieren und alte Bekann-

te wieder zu treffen. Fraktionsvorsitzender Georg Schmid lobte Seehofers Bürgernähe: „Eine Deiner geradezu ins Auge springenden guten Eigenschaften als Politiker ist Dein direkter Draht und Deine Nähe zu den Bürgerinnen und Bürgern.“ Schmid fügte hinzu: „Gerade in der schwierigen Zeit der gegenwärtigen Wirtschaftskrise ist es gut, dass wir einen Mann an der Spitze haben, der für die Belange der so genannten ‚kleinen Leute‘ ein geradezu intuitives Verständnis hat.“

Der Fraktionsvorsitzende überreichte Seehofer als persönliches Geschenk eine Grafik der Stadt Ingolstadt. Aus allen Bezirken gab es weitere Geschenke: Aus Niederbayern eine Glasvase, aus Augsburg Silberschmuck, aus Oberfranken einen Schal mit den Initialen HS, aus Schwaben Allgäuer Käse, aus München eine Bierauswahl, aus Unterfranken einen guten heimischen Tropfen, aus Oberbayern eine kunstvolle Schnitzerei, einen edlen Stift aus mittelfränkischer Produktion, aus Nürnberg einen Geschenkkorb mit fränkischen Spezialitäten und aus der Oberpfalz einen Fahrradhelm. ■

Bundeswirtschaftsminister zu Guttenberg Gast im Politischen Club



Bundeswirtschaftsminister Karl-Theodor zu Guttenberg spricht zu den Teilnehmern des Politischen Clubs.

Kompetenz in der Krise



Bundeswirtschaftsminister Dr. Karl-Theodor zu Guttenberg war zu Gast beim „Politischen Club“ der CSU-Landtagsfraktion im Plenarsaal des Maximilianeums und sprach vor mehr als 800 Personen über „Deutschlands Wirtschaft vor großen Herausforderungen und großen Chancen“.

„Wir müssen sehr darauf achten, dass wir nicht in eine zweite Vertrauenskrise hineingleiten, die sich nicht zwischen Finanzdienstleistern abspielt, sondern zwischen Finanzdienstleistern und Unternehmen und auch der Bevölkerung“, mahnte zu Guttenberg.

Gleichzeitig rief er zu Optimismus auf: Die Krise biete die Chance, sowohl einen Stilwandel in der Politik herbeizuführen, als auch neue Innovationskräfte in der Wirtschaft freizusetzen. „Wenn wir beginnen, die Zuversicht aus den Augen zu verlieren, verlieren wir gleichzeitig das Fundament unter unseren Füßen.“ Zu Guttenberg forderte schnelle Steuerentkennungen nach der Bundestagswahl. Schnell angehen könne und müsse man die kalte Progression. „Dabei handelt es sich nach meiner Auffassung um ungerechtfertigte Bereicherung, sprich Diebstahl des Staates.“ Auch

bei Unternehmen- und Erbschaftsteuer müsse nachgebessert werden. Im Anschluss an seine Rede beantwortete zu Guttenberg Fragen der über 800 Gäste.

CSU-Fraktionsvorsitzender Georg Schmid, der zum Politischen Club eingeladen hatte, dankte zu Guttenberg für seine „klaren und präzisen Worte“ und lobte, dass er Zuversicht in schwieriger Zeit gebe.

Als Dank für seine Rede erhielt der Bundeswirtschaftsminister für seine beiden Töchter zwei Puppen aus Georg Schmidts schwäbischer Heimat. ■